

AZB  
CH-8031 Zürich  
P.P. / Journal

Postcode 1

Adressänderungen melden an:  
GSoA, Postfach, 8031 Zürich  
adressen@gsoa.ch

GSoA

GSoA-Zitig Dezember 2008 Nr. 136

Informationen und Anregungen der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee GSoA

Nicht frankieren  
Ne pas affranchir  
Non affrancare

Geschäftsantwortsendung Invio commerciale-risposta  
Envoi commercial-réponse

**EIDGENÖSSISCHE VOLKSINITIATIVE «GEGEN NEUE KAMPFFLUGZEUGE»**

(Im Bundesblatt veröffentlicht am 10. Juni 2008, Ablauf der Sammelfrist am 10. Dezember 2009) Die unterzeichneten stimmberechtigten Schweizer Bürgerinnen und Bürger beschließen, die Übergangsbestimmungen der Bundesverfassung zu Art. 60 (Organisation, Ausbildung und Ausrüstung der Armee) zu ändern. Der Bund beschafft bis zum 31. Dezember 2019 keine neuen Kampfflugzeuge. Als neu gelten Kampfflugzeuge, deren Beschaffung zwischen dem 1. Januar 2010 und dem 31. Dezember 2019 erfolgt.

Auf dieser Liste können nur Stimmberechtigte unterzeichnen, die in der genannten politischen Gemeinde wohnen. Bürgerinnen und Bürger, die das Begehren unterstützen, mögen die Unterschrift nicht fälschen. Die Fälschung ist strafbar nach Art. 281 beziehungsweise Art. 282 des Schweizer Strafrechts.

Nr.	Name, Vorname (handschriftlich und möglichst in Blockschrift)	PLZ	Politische Gemeinde
1			
2			
3			
4			
5			

**sofort unterschreiben!**

Das Initiativkomitee, bestehend aus nachstehenden Urheberinnen und Urhebern, ist berechtigt, diese Volksinitiative mit absoluter Mehrheit seiner stimmberechtigten Mitglieder vorbehaltlos zurückzuziehen:  
Angele Patrick, Stettbachstrasse 44, 8600 Dübendorf; Bloch Süss Monika, Bruneggweg 4, 8002 Zürich; Bodenmann Peter, English-Gruss-Strasse 6, 3920 Brig-Glis; Bühlmann Cécile, Guggistrasse 17, 6005 Luzern; Carobbio Guscelli  
Tamporiva, 6533 Lumino; Daguet André, Rathausgasse 62, 3011 Bern; Dolivo Jean-Michel, Avenue Vinet 14, 1004 Lausanne; Graf Maya, Unter der Fluh 22, 4450 Sissach; Hug Christina, Freiestrasse 102, 8032 Zürich; Jobé Vivien, Milchgasse 6, 5000  
Lang Josef, Dorfstrasse 15, 6300 Zug; Leuenberger Ueli, Rue de Lausanne 95, 1202 Genève; Leutenegger Oberholzer Susanne, Dürrbergstrasse 8, 4132 Muttenz; Maury Pasquier Liliane, Avenue de Crozet 2, 1219 Châtelaine; Moosmann K.  
Engelhalderstrasse 202, 3004 Bern; Morel Gaëtan, Rue Rousseau 1, 1201 Genève; Recordon Luc, Lussex 1, 1008 Jouxten-Mézery; Regli Nina, Beulweg 22, 8853 Lachen; Ruch Rahel, Nordring 14, 3013 Bern; Savoia Sergio, Via Mezzavilla 17, 6503  
Bellinzona-Carasso; Schnebli Tobias, Rue de Bâle 17, 1201 Genève; Stegmaier Michael, Hohlstrasse 27, 8004 Zürich; Surber Bettina, Rosenbergrasse 79, 9000 St. Gallen; Trede Aline, Sonnegweg 17, 3008 Bern; Weibel Andreas, Kapellenstrasse 26,  
3011 Bern; Willa Anne-Christine, Rue Plane-ville 8, 1955 Chamoson; Zürcher Werner, Gantrischweg 7, 3076 Worb

Die unterzeichnete Amtsperson bescheinigt hiermit, dass obenstehende \_\_\_\_\_ (Anzahl) Unterzeichnerinnen und Unterzeichner der Volksinitiative in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind und ihre politischen Rechte in der  
erwähnten Gemeinde ausüben.

Die zur Bescheinigung zuständige Amtsperson (eigenhändige Unterschrift und amtliche Eigenschaft):	Datum:	Amtsstempel:
Ort:	Amtliche Eigenschaft:	
Eigenhändige Unterschrift:		

Die Liste ist vollständig oder teilweise ausgefüllt sofort zurückzusenden. Weitere Unterschriftenlisten können auf der Rückseite dieser Karte bestellt werden.

Wenn alle, die diese Zeitung lesen, 5 Unterschriften sammeln,  
sind die Unterschriften für die Kampfjet-Initiative zusammen.

## Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser der GSoA-Zitig,

Wenn Sie diese Zeitung in den Händen halten, werden die Eidgenössischen Räte mehrere entscheidende sicherheitspolitische Weichen gestellt haben. Kurz nach dem Redaktionsschluss dieser Ausgabe wird der Nationalrat dank dem Meinungswandel in der SVP dem Rüstungsprogramm 2008 im zweiten Anlauf zugestimmt haben. Keine grossen Würfe wird es bei der Revision des Militärgesetzes geben; einzig die Frage, ob Dienstleistende zu WKs im Ausland verpflichtet werden dürfen, könnte etwas zu reden geben. Vorallem jedoch wird die Bundesversammlung einen neuen VBS-Vorsteher – oder eine neue Vorsteherin – gewählt haben.

Das politische Spektakel mag viel Spass und Spannung bieten. Doch egal, wer am Ende das Rennen machen wird: Die Probleme der Schweizer Armee werden dieselben bleiben, denn die momentane VBS-Krise ist keine personelle, sondern eine strukturelle. Auch der oder die zukünftige VerteidigungsministerIn wird die Sinnkrise der Armee nicht so einfach lösen können. Der nationalkonservative Flügel der Bürgerlichen kann sich nicht mit einer Verkleinerung des traditionellen Massenheeres abfinden – auch wenn den Armeepianern längst klar ist, dass diese teure Wehrform spätestens seit dem Ende des Kalten Krieges ausgedient hat. Gegen mehr Einsätze im Innern wehren sich nicht nur Linke und BürgerrechtlerInnen, sondern auch die Polizei und die Kantone. Und für einen Ausbau der Auslandseinsätze gibt es heute – nach 7 Jahren «Krieg gegen den Terror» – keine politischen Mehrheiten mehr. Da bleibt nicht viel Spielraum für eine Reform der Armeekonzeption.

Nötig wäre eine grundlegende Diskussion darüber, was Sicherheit eigentlich bedeutet und wie sich die Schweiz gegen welche Bedrohungen und Risiken wappnen soll. Diese Diskussion wird jedoch auch der oder die neue VBS-VorsteherIn nicht führen wollen, weil sie die Armee grundsätzlich in Frage stellen würde. Denn auf die wirklichen Gefahren wie den Klimawandel, ein ausser Kontrolle geratenes Wirtschaftssystem und schreiende globale Ungerechtigkeiten gibt es keine militärischen Antworten.

Für das Redaktionsteam: Andreas Weibel, andi@gsoa.ch

### DEMOKRATIEFEINDE

## Nach der Stadt St. Gallen nun auch die Securitrans

Immer wieder muss die GSoA für das grundlegendste aller direkt-demokratischen Rechte kämpfen: Das Recht im öffentlichen Raum Unterschriften zu sammeln. Der jüngste Fall spielte sich in der Bundeshauptstadt Bern ab.

Die Stadt St. Gallen kann's nicht lassen: Nach dem Entscheid des kantonalen Sicherheits- und Justizdepartements, das den GSoA-Rekurs gegen die schikanöse Bewilligungspflicht für Unterschriftensammlungen vollumfänglich gutgeheissen hat, gibt nun auch das St. Galler Verwaltungsgericht der GSoA Recht. Die Stadt St. Gallen ist aber auch mit dem Entscheid des

kantonalen Gerichts nicht einverstanden und zieht den Fall nun ans Bundesgericht weiter. Die GSoA sieht auch dem Entscheid der höchsten Instanz gelassen entgegen. Auch in Bern musste die GSoA für ihr Recht kämpfen: Seit dem 1. Oktober 2008 ist in der Stadt Bern das neue Bahnhofreglement in Kraft, welches die Nutzung des städtischen Teils des Berner Bahnhofs regelt. Das Reglement ist in weiten Teilen eine Kopie der Bahnhofordnung, welche für den «privaten» Teil des Berner Bahnhofs gilt. Allerdings existiert ein gewichtiger Unterschied: Das Bahnhofreglement gestattet das Sammeln von Unterschriften im städtischen Teil des Bahnhofs explizit. Soweit die Theorie.

## European Peace Action Forum

Zeitgleich mit dem europäischen Sozialforum fand im September in Malmö das erste «European Peace Action Forum» (EPA) statt.

Das Ziel des EPA war die Vernetzung von europäischen Gruppen, die mit Mitteln des gewaltfreien zivilen Ungehorsams gegen Militarismus und Krieg kämpfen. Ermöglicht hatte das Forum die junge schwedische AktivistInnen-Gruppe «Ofog», welche immer wieder mit spektakulären Aktionen gegen die heimische Rüstungsindustrie von sich reden macht: Sei es, indem Panzer bemalt oder Kanonenrohre für den Irak-Krieg unschädlich gemacht werden. Inhaltlich setzten sich die TeilnehmerInnen in zahlreichen Workshops mit der Globalisierung



Belgische, Schwedische und Schweizer FriedensaktivistInnen dringen in das Gelände der Rüstungsfirma Aimpoint ein.

des Kriegs, der Atomwaffenproblematik, der Militarisierung des Weltraums und gewaltfreien Gegenstrategien auseinander.

Aus GSoA-Sicht besonders spannend war der Erfahrungsaustausch zu Kampagnen gegen Kriegs-Profitere. Es zeigte sich, dass wir mit unserem Engagement gegen Kriegsmaterial-Exporte keineswegs allein sind. Besonders inspirierend war der Bericht des belgischen «Netzwerk Flaanderen», das unethische Investments in der Rüstungs- und Rohstoffindustrie anprangerte. Die belgischen AktivistInnen eröffneten kurzerhand selbst eine Bank welche ihren Kunden «maximale Profite ohne Skrupel» versprach. Schliesslich setzte die Bankenaufsicht dem Treiben ein Ende – und musste sich die Frage gefallen lassen, weshalb sie bei anderen, realeren Banken nicht ebenso verfährt.

Wie der Name schon sagt, sollte das Forum keine reine Theorie-Veranstaltung sein. Deshalb zog eine internationale Gruppe von AktivistInnen vor die schwedische Rüstungsfirma «Aimpoint», welche weltweit führend ist bei der Herstellung von Zielvorrichtungen für Scharfschützen. Dabei ist es einigen AktivistInnen gelungen, den Sicherheitszaun zu überklettern, worauf allerdings eine kurze Bekanntschaft mit den sprichwörtlichen «schwedischen Gardinen» folgte.

Von Andreas Cassee, ac@gsoa.ch

Mehr Informationen:  
www.europeanpeaceaction.org

Bahnhofreglement das Sammeln von Unterschriften zulässt. Nachdem die Personalien der vier AktivistInnen aufgenommen wurden, forderte die Polizei die AktivistInnen auf, das Unterschriftensammeln zu beenden.

Die Securitrans AG hat mittlerweile ihren Fehler eingestanden: Sie bedauere die «erfahrene Beeinträchtigung», schreibt sie in ihrer Stellungnahme auf den Beschwerdenbrief der GSoA. Das Sammeln von Unterschriften sei im städtischen Teil bewilligungsfrei möglich. Das Pflichtenheft der Mitarbeitenden sei präzisiert worden, um die «Wiederholung des gleichen Ereignisses» zu verhindern. Auch «Police Bern» gestand ein, dass die Beamten nicht in ihrem Sinne gehandelt hätten. Die Stellungnahme der Stadt Bern steht noch aus.

Von Reto Moosmann, rm@gsoa.ch

### ERFOLGREICHER «CLUB DER 100»

(nr) Zur Unterstützung der Sammelkampagne hat die GSoA bei Lancierung der Initiative gegen die neuen Kampfflugzeuge den «Club der 100» ins Leben gerufen. Jedes Mitglied erklärte sich bereit, mindestens 100 Unterschriften zu sammeln. Seit Sammelstart wurden so bereits mehr als 2000 Unterschriften gesammelt. An dieser Stelle danken wir den unermüdlichen SammlerInnen herzlich!

Die eifrigsten Clubmitglieder, welche bis Anfang September hundert Unterschriften gesammelt hatten, nahmen an der Verlosung zu einer exklusiven Bundeshausführung mit Nationalrat und GSoA-Vorstand Josef Lang teil. Herzliche Gratulation den drei glücklichen GewinnerInnen des Wettbewerbs! Doch auch jetzt noch lohnt sich das Sammeln von Unterschriften für die Kampfflieger-Initiative: Alle, die uns 100 Unterschriften einschicken, erhalten ein kleines Überraschungsgeschenk (Einsenden der Unterschriften bitte mit dem Vermerk «Sammelclub» und unter Angabe des Namens und der Adresse).

### Euro08 und Grundrechte: Sicherheitskonzept mit Nachwirkungen

Ein Grosseaufgebot von Polizei, Militär und privaten Sicherheitsdiensten; Privatisierung von öffentlichen Räumen; Sondergefängnisse; massiver Datenaustausch und Videoüberwachung... Die Euro 08 war in vielerlei Hinsicht ein «Testspiel» für Grundrechtseinschränkungen. Der Verein grundrechte.ch hat das «Fussballfest» beobachtet und den Anlass aus Sicht der Grundrechte einer Würdigung unterzogen. Entstanden ist die 24-seitige Broschüre «Euro 08 versus Grundrechte – Testspiel mit Folgen», die kostenlos bestellt werden kann bei:  
grundrechte.ch, Postfach 6948, 3001 Bern,  
Tel. 031 312 40 30, grundrechte@bluewin.ch,  
www.grundrechte.ch.

MILITÄRFLUGPLÄTZE

## Stationierungskonzept sorgt für Aufregung

Gleichzeitig mit der Beschaffung von neuen Kampfflugzeugen soll auch das Stationierungskonzept der Luftwaffe überarbeitet werden. Das VBS legt bereits jetzt erste Vorschläge auf den Tisch. Dübendorf, Meiringen und Sitten wehren sich dagegen.

Wer schon einmal im Sommer im Haslital im Berner Oberland auf einer Wanderung war, weiss, was es heisst, dem Kampfjetlärm ausgesetzt zu sein. Die Kampfflugzeuge, die vom Militärflugplatz Meiringen aus starten, beschallen die BewohnerInnen des engen Tals mit ohrenbetäubendem Lärm. Beim Start eines F/A-18 werden bis zu 125 Dezibel aus hundert Metern Entfernung gemessen. Das ist gut fünfmal lauter als bei Musikkonzerten erlaubt ist.

### Verteilungskampf

Das Stationierungskonzept der Luftwaffe legt fest, wie viele und welche Militärflugplätze die Luftwaffe betreibt. Darauf aufbauend definiert der «Sachplan Militär», nach welchem Schlüssel die Flugbewegungen auf die Flugplätze verteilt werden. Die rund 22'000 Flugbewegungen (inskünftig könnten es sogar bis zu 26'000 sein) verteilen sich letztes Jahr auf die Flugplätze Payerne (11'545), Meiringen (4'434) und Sitten (4'882) sowie auf den Ausweichflugplatz Emmen (1'996). Das überarbeitete Stationierungskonzept will der Bundesrat voraussichtlich im Herbst 2009 vorlegen. Damit wird die Diskussion um den Fluglärm neu lanciert.

### Das Berner Oberland wehrt sich

In Meiringen hofft man auf eine baldige Entlastung vom Fluglärm. Das lokale Gewerbe, die Tourismusbranche und die «Interessengemeinschaft für weniger Fluglärm in der Alpenregion» lobbyieren in Bern für weniger Starts ab Meiringen, bislang allerdings erfolglos.

Deshalb verlangt nun selbst SVP-Nationalrat Adrian Amstutz eine Änderung des heutigen Stationierungskonzepts. Ziel seines Vorstosses ist es, den Lärm rund um Meiringen zu reduzieren. Dafür soll, so Amstutz, nun das Mittelland wieder einen Teil des Fluglärms übernehmen. Das Problem wird damit freilich nicht gelöst, bloss verschoben.

Ähnlich ist die Situation in Sitten und Payerne. Regionale Komitees und Parteien wehren sich seit Jahren gegen den Militärfluglärm. Das VBS und die Luftwaffe sind aber nicht bereit, das Problem grundsätzlich anzugehen.

### Dübendorf droht wieder Militärfluglärm

In Dübendorf wird – nicht unbegründeterweise – befürchtet, dass der Kauf neuer Kampfflugzeuge und die damit verbundene Änderung des Stationierungskonzepts eine Wiedereröffnung des 2005 stillgelegten Flugplatzes mit sich bringen könnte. Mitte Oktober 2008 liess das VBS verlauten: «Einzig der Militärflugplatz Dübendorf verbleibt somit als möglicher zusätzlicher Standort in der weiteren Überprüfung.» Dieser Vorschlag birgt Konfliktstoff: Dübendorf, bereits durch den nahe gelegenen zivilen Flughafen Kloten dem Fluglärm ausgesetzt, liegt

inmitten der dicht besiedelten Agglomeration Zürich. Für Lothar Ziörjen, Stadtpräsident von Dübendorf, kommt deshalb eine erneute Stationierung von Militärjets in Dübendorf nicht in Frage.

### Weitere Varianten

Geprüft wurde auch die Idee, ob der Militärflugbetrieb auf den beiden Landesflughäfen Zürich-Kloten und Genf-Cointrin möglich wäre. Aus Kapazitäts- und Sicherheitsgründen wurde dieser Vorschlag bereits wieder verworfen. Ebenfalls ausser Diskussion ist die Wiedereröffnung der vor wenigen Jahren geschlossenen Militärflugplätze Mollis, Buochs und Alpnach. Die Luftwaffe steckt also in einem Dilemma.

Die Firma Dassault, der französische Anbieter der Rafale, hat dieses Dilemma erkannt. Dassault und die französische Regierung bieten der Schweiz an, dass die Schweizer Luftwaffe in Frankreich trainieren kann, um die Flugbewegungen in der Schweiz zu senken. Vorausgesetzt natürlich, die Schweiz entscheidet sich für die Rafale. Den Lärm also einfach exportieren? Auf den ersten Blick eine attraktive Lösung. Doch: Auch die französische Bevölkerung hat ein Recht auf Ruhe. Eine grundsätzliche Lösung des Lärmproblems läge dabei auf der Hand: Die Luftwaffe muss ihre Flugbewegungen reduzieren. Ein erster Schritt dazu wäre, auf die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge zu verzichten.

Von Patrick Angele, patrick@gsa.ch



Überschallknall einer F/A-18

KAMPFFLUGZEUGE

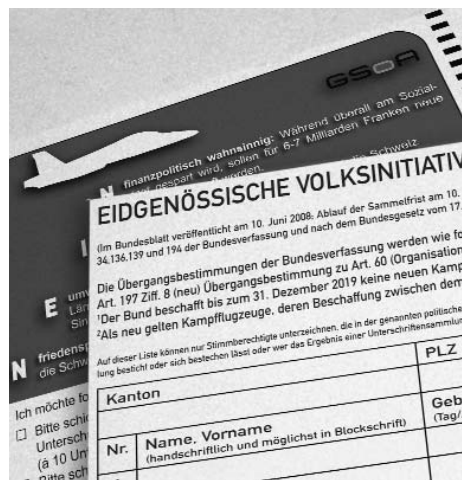
## Der Endspurt beginnt heute!

Bis im März 2009 müssen genügend Unterschriften für die Initiative «Gegen neue Kampfflugzeuge» gesammelt sein. Jetzt gilt's ernst: Wir sind auf Eure Hilfe angewiesen!

Die Unterschriftensammlung für die Volksinitiative «Gegen neue Kampfflugzeuge» ist auf gutem Wege: Bis zum Erscheinen dieser Zeitung dürften rund zwei Drittel der Unterschriften beisammen sein. Doch gerade jetzt dürfen wir uns nicht zurücklehnen, denn nun beginnt der Endspurt: Vor kurzem ist bekannt geworden, dass unsere andere Initiative («Für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten») voraussichtlich schon im Dezember 2009 zur Abstimmung kommen wird. Diese Neuigkeit veranlasst uns zur Planänderung bezüglich der aktuellen Unterschriftensammlung: Wir werden bis im Frühling die fehlenden Unterschriften sammeln müssen, damit genügend Zeit bleibt für die Vorbereitung der Abstimmung über die Kriegsmaterial-Initiative. Denn kaum eine Regionalgruppe hat die Kapazitäten, gleichzeitig Unterschriften zu sammeln und einen intensiven Wahlkampf zu betreiben.

### 10'000 Unterschriften pro Monat

Das bedeutet, dass wir nun in den verbleibenden dreieinhalb Monaten rund 10'000 Unterschriften monatlich sammeln müssen. Das ist ohne Zweifel ein ambitioniertes Ziel, doch wir können es schaffen. Wenn jede GSoA-Sympathisantin und jeder GSoA-Sympathisant je fünf



Unterschriften sammelt, ist die Initiative unter Dach und Fach. Deshalb liegt dieser GSoA-Zitig nochmals eine Unterschriftenkarte bei: Lasst Eure Verwandten, Mitschülerinnen und Arbeitskolleginnen unterschreiben und schickt die Karten, auch wenn sie nur teilweise ausgefüllt sind, so rasch als möglich zurück. Ebenso wichtig wie das Sammeln im Bekanntenkreis bleiben aber selbstverständlich Unterschriftenaktionen auf der Strasse. Schliesst euch der Regionalgruppe in eurer Stadt an (vgl. letzte Seite), organisiert Sammelstände und motiviert weitere Personen zum Mithelfen. Jetzt zählt jede Sammelstunde und jede Unterschrift – jetzt brauchen wir Eure Unterstützung!

Von Rahel Ruch, rahel@gsa.ch

BOMBERFÄHIGKEIT

## Und es geht doch ums Bombardieren

Die Bomberfähigkeit ist ein zentrales Kriterium bei der Wahl des neuen Kampffjets. Das zeigt die Veröffentlichung der Evaluationskriterien durch die Armasuisse. Die Frage bleibt: Wazu sollen die Flugzeuge Bodenziele treffen können?

Die Bomberfähigkeit, die Fähigkeit also, Bodenziele zu treffen, sei nur ein «nachgelagertes» Kriterium, liess VBS-Sprecher Sebastian Hueber im Frühling in den Medien verlauten. Auch Ende Oktober, anlässlich der Präsentation der französischen Rafale, spielte das VBS die Frage der Bomberfähigkeit herunter: «Auf minimaler Flamme» würden die Flugzeuge auch auf die Erdkampffähigkeit geprüft. Ob für die neuen Kampfflugzeuge denn auch tatsächlich Bomben gekauft werden sollen, wurde offen gelassen. Anlässlich einer Pressekonferenz vom 25. November hat die Armasuisse nun doch bestätigt, dass die Bomberfähigkeit ein zentrales Kriterium bei der Beschaffung ist. Mit der Veröffentlichung der Kriterien kommt die Armasuisse der Forderung der GSoA nach vollständiger Transparenz ein Stück weit nach.

Das bisherige Geheimhalten der Kriterien dürfte den gleichen Grund haben wie das wiederholte

Herabspielen der Bomberfähigkeit. Das VBS und die Armeespitze sind sich bewusst, dass die Beschaffung neuer Kampffjets noch umstrittener wird, wenn es eine öffentliche Debatte über deren Bomberfähigkeit gibt. Die entscheidende Frage lautet: Wozu müssen Schweizer Kampfflugzeuge Bomben abwerfen können? Gemäss Luftwaffendoktrin gibt es zwei Einsatzszenarios, welche die Erdkampffähigkeit von neuen Kampfflugzeugen bedingen würden. Erstens: Die Schweiz wird von einem feindlichen Land bedroht. Die Schweizer Luftwaffe führt einen gezielten Präventivschlag auf Stellungen des Gegners aus, um einen Angriff auf die Schweiz zu verhindern. Zweitens: Die Schweizer Luftwaffe beteiligt sich im Rahmen von sogenannten «robusten Friedensunterstützungsmissionen» an der Bombardierung eines Landes, um den Einsatz von Bodentruppen zu ermöglichen. Der klassische Verteidigungsfall, der dem ersten Szenario zu Grunde liegt, wird heute von sämtlichen SicherheitsexpertInnen als äusserst unwahrscheinlich taxiert. Wahrscheinlicher ist, dass die Armeepoliker sich die Option offen halten wollen, die neuen Kampfflugzeuge für Auslandsmissionen einzusetzen.

Von Nina Regli, nina@gsa.ch

REVISION GÜTERKONTROLLGESETZ

## Mogelpackung

Im April dieses Jahres versprach der Bundesrat, dass Pilatus-Militärflugzeuge künftig nicht mehr in Konfliktländer exportiert werden sollen. Doch mit der jetzt bekannt geworden Gesetzesreform zeigt sich, dass der Ankündigung keine Taten folgen.

Anfang dieses Jahres wurde bekannt, dass die tschadische Luftwaffe mit einem Pilatus-Militärflugzeug, welches im Jahr 2006 geliefert wurde, einen Angriff gegen Aufständische geflogen hatte. Die Empörung in der Schweiz war gross, besonders weil mit der heutigen Gesetzgebung weitere Ausfuhren in den Tschad nicht verhindert werden können. Denn die Militärflugzeuge der Stanserwerke gelten heute nicht als Kriegsmaterial, sondern fallen unter die Kategorie der «besonderen militärischen

### Die Pilatus-Affäre

Im Hinblick auf die Abstimmung über die Initiative «Für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten» in einem Jahr kommt die Publikation einer Lizentiatsarbeit über die Pilatus-Affäre wie gerufen. Die Exporte von Pilatus-Militärflugzeugen in Konfliktgebiete wie Burma, Guatemala, Irak, Iran oder Mexiko sind seit über 30 Jahren Gegenstand einer öffentlichen Debatte. Doch nach wie vor verhindern die Verstrickungen zwischen Wirtschaft und Politik im Falle der Stanserwerke, dass die Militärflugzeuge der Typen PC-7 und PC-9 endlich dem Kriegsmaterialgesetz unterstellt werden.

Jean-Marie Pellaux, «L'affaire Pilatus», Aux Sources du Temps Présent, Département d'histoire contemporaine Uni Fribourg, 2008, 250 Seiten, Preis 38.- Frs.

Güter» und somit unter das Güterkontrollgesetz. Mit diesem Gesetz können Exporte nur untersagt werden, wenn ein Uno-Embargo vorliegt.

Unter Druck zeigte sich der Bundesrat einsichtig und versprach am 2. April 2008, «die Ausfuhr von militärischen Trainingsflugzeugen nicht zu bewilligen, wenn der Empfängerstaat sich in einem bewaffneten internen oder internationalen Konflikt befindet oder wenn das Risiko besteht, dass die Trainingsflugzeuge gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt werden.» Deshalb sollte das entsprechende Gesetz geändert werden.

### «Wesentliche Interessen»

Im Oktober schickte der Bundesrat die Gesetzesrevision in die Vernehmlassung. Wer sich von der angekündigten Revision eine Verbesserung versprochen hatte, wird enttäuscht: Der Entwurf sieht vor, die Ausfuhr von Pilatus-Militärflugzeugen nur dann zu unterbinden, wenn sie «wesentlichen Interessen» der Schweiz entgegensteht. «Als wesentliche Interessen kommt insbesondere [...] die Wahrung des internationalen Ansehens der Schweiz in Betracht.»

Offensichtlich kümmert den Bundesrat die Menschenrechtslage im Empfängerland nur dann, wenn das Image der Schweiz auf dem Spiel steht. Menschenrechtsverletzungen mit Schweizer Kriegsmaterial, welche nicht öffentlich werden, scheinen für den Bundesrat hingegen kein Problem darzustellen.

Einmal mehr schont der Bundesrat damit die Geschäftsinteressen der Rüstungsindustrie, die in den letzten Monaten intensiv gegen die minimale Verbesserung der Gesetzgebung lobbyierte. Die GSoA wird sich im Vernehmlassungsprozess für eine Verbesserung einsetzen. Es ist aber unwahrscheinlich, dass der Bundesrat oder anschliessend das Parlament eine wirkliche Reform beschliesst. Einzig die «Volksinitiative für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten» – welche besondere militärische Güter, und somit auch Pilatus-Militärflugzeuge einschliesst – kann diesen unsäglichen Ausfuhren einen Riegel schieben.

Von Tom Cassee, tom@gsa.ch

MENSCHENRECHTE

## Skandalöse Waffenexporte

Das Volkswirtschaftsdepartement bewilligt Waffenexporte nach Saudi-Arabien und kündigt weitere Bewilligungen für Ägypten, Malaysia und Indien an.

Obwohl Saudi-Arabien alles andere als eine Muster-Demokratie ist, will die Schweiz Waffen in den Wüstenstaat liefern. Gemäss Amnesty International werden in Saudi-Arabien im Schnitt täglich zwei Menschen hingerichtet. Es kommt zu schweren Menschenrechtsverletzungen und demokratische Grundrechte wie das Frauenstimmrecht oder die Religionsfreiheit sind nicht gegeben. Als Rechtfertigung für diesen skandalösen Entscheid führt der Bundesrat lediglich an, dass Mitgliedstaaten der EU ebenfalls Kriegsmaterial nach Saudi-Arabien lieferten.

Damit wird einmal mehr klar, dass für den Bundesrat einzig wirtschaftliche Interessen zählen – Menschenrechtsverletzungen scheinen hier keine Rolle zu spielen. Umso zynischer erscheint der Beschluss in Anbetracht der Tatsache, dass mit den Waffenlieferungen die Arbeit der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA, welche in der Region aktiv ist, torpediert wird.

### Menschenrechtsverletzungen als Ausschlusskriterium

Die neue Kriegsmaterialverordnung, welche seit Dezember in Kraft ist, verspricht keine Besserung. Obwohl in der neuen Verordnung systematische und schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen als Ausschlusskriterien für Waffenexporte genannt werden, will das Staatssekretariat für Wirtschaft auch in Zukunft an der bisherigen Praxis nichts ändern. Die Bewilligung der aktuellen Gesuche kurz vor Inkrafttreten der überarbeiteten Kriegsmaterialverordnung ist ein klares Zeichen, dass die gegenwärtige Praxis nicht angetastet wird. Die Rüstungsindustrie rechnet schon jetzt mit weiteren lukrativen Bestellungen aus den betreffenden Ländern.

Gleichzeitig haben sich die Schweizer Kriegsmaterial-Exporte gegenüber dem Vorjahr um fast zwei Drittel erhöht. Damit reiht sich die Schweiz ein in den globalen Aufrüstungstrend. Die weltweiten Rüstungsausgaben sind alleine im letzten Jahr von 1200 auf 1400 Milliarden Dollar gestiegen.

Von Michi Stegmaier, michi@gsa.ch

## WO STEHT DIE KRIEGSMATERIAL-INITIATIVE?

(rm) Nachdem der Bundesrat die Initiative «Für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten» Ende August zur Ablehnung empfohlen hatte, lehnte am 28. Oktober auch die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrates SiK-N die Initiative ab. Voraussichtlich im März kommt die Initiative in den Nationalrat, in der darauffolgenden Juni-Session in den Ständerat. Nach der Behandlung durch die beiden Räte hat der Bundesrat maximal 10 Monate Zeit, die Initiative der Stimmbevölkerung zur Abstimmung zu unterbreiten.

STUDIE DES BUNDESRAATES

## Arbeitsplätze können erhalten werden

Wenn es um die wirtschaftlichen Auswirkungen der Volksinitiative gegen Kriegsmaterialexporte geht, malt die Rüstungsindustrie gerne Horrorszenerien an die Wand. Zehntausende Arbeitsplätze stünden auf dem Spiel. Eine Studie des Bundesrates legt nun nüchternere Zahlen vor.

Wenn man den Publikationen des «Arbeitskreises für Sicherheit und Wehrtechnik» glauben würde, könnte man meinen, die Schweizer Wirtschaft würde kollabieren, wenn die Rüstungsindustrie keine Waffen mehr exportieren dürfte. Aber auch swissmem, dem Verband der Schweizerischen Metall- und Elektroindustrie ist keine Übertreibung zu schade: Im neusten Newsletter verdoppelt swissmem die Beschäftigungszahlen der Rüstungsbranche kurzerhand und droht mit massivem Arbeitsplatzabbau. BAK Basel hat im Auftrag des Bundesrates vor kurzem eine Studie veröffentlicht, welche nun jedoch mit wissenschaftlicher Genauigkeit aufzeigt, wie nebensächlich der Export von Kriegsmaterial für die Schweizer Wirtschaft ist. Die

gesamte Wertschöpfung, welche hierzulande durch die Ausfuhr von Rüstungsgütern erzielt wird, beziffert die Untersuchung auf rund 485 Millionen Franken pro Jahr. Zum Vergleich: Das ist etwa gleich viel Geld, wie in der Schweiz jährlich mit der Produktion von Holzfenstern umgesetzt wird und gut 120 mal weniger als der Finanzsektor zur Volkswirtschaft beiträgt. Die regionale Verteilung der Wertschöpfung zeigt, dass nur wenige Firmen die Rüstungsindustrie dominieren: Die Pilatuswerke in Nidwalden, Oerlikon Contraves in Zürich, die Mowag im Thurgau und die Ruag in Bern und Luzern. In den anderen Kantonen gibt es keine nennenswerte Waffenexportindustrie.

### Günstige Konversion

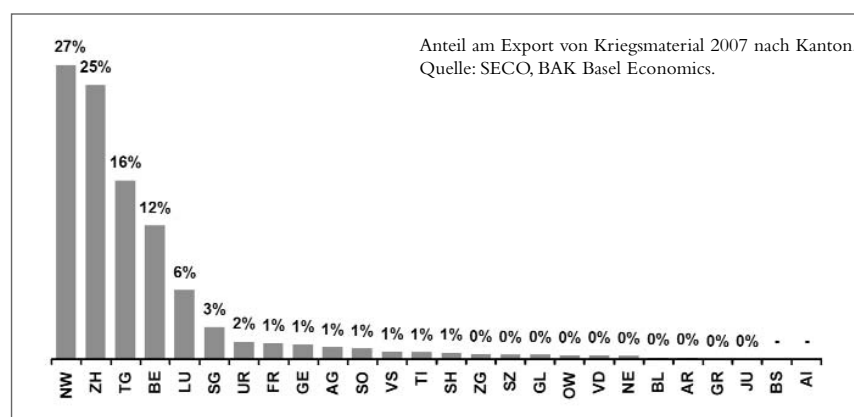
Die Studie kommt weiter zum Schluss, dass momentan 5'132 Personen für die Waffenexportindustrie oder ihre Zulieferfirmen arbeiten – weit weniger als die Rüstungslobby immer wieder behauptet. Es ist auch alles andere als klar, dass diese Stellen bei einem Exportverbot zwangsläufig verschwinden würden. Ob diese Arbeitsplätze erhalten werden können,

hängt in erster Linie davon ab, wie gut die Konversion – das heisst die Umstellung auf die Produktion von zivilen Gütern – gelingt. Das beste Beispiel, wie diese Umstellung erfolgreich umgesetzt werden kann, liefern die Schweizer Rüstungsfirmen gleich selbst: Die Ruag hat den zivilen Anteil am Umsatz innert weniger Jahre von praktisch null auf 50 Prozent erhöht.

Und Pilatus hat laut ihrem aktuellen Geschäftsbericht sogar Lieferengpässe im Bereich Privatjets. Der zivile Bereich machte in den vergangenen Jahren im Schnitt etwa Dreiviertel des Umsatzes von Pilatus aus.

Es ist klar, dass Anstrengungen zur Konversion unternommen werden müssen, um die Arbeitsplätze der Rüstungsindustrie zu erhalten. Aber die Kosten dafür sind mehr als tragbar im Vergleich zum unermesslichen Schaden, den Schweizer Waffen in aller Welt angerichten.

Von Andreas Weibel, andi@gsa.ch



## ARMEEKRISE

# Kaderschwäche verursacht Kanderunglück

Fünf Soldaten starben diesen Juni bei einer tragisch missglückten Kaderübung auf der Kader. Ein Angehöriger der betroffenen Kompanie berichtet.

Er sei ein Pazifist, sagt Frank\*, trotzdem glaube er, dass man sich manchmal aktiv verteidigen müsse. Deshalb, und weil er wohl auch zu ehrlich sei, habe er es damals abgelehnt, den «blauen Weg» zu gehen. Seit seinem letzten WK jedoch möchte er die Armee verlassen und nie mehr etwas mit jenem Kader zu tun haben. Von Anfang an zog Yves M. Saiten auf, welche sich die Soldaten aus früheren WKs nicht gewohnt waren. Der Drill und die Schikanen waren schlimmer und von weit tieferem Niveau als in der RS. Der Hauptmann stand die gesamte Zeit wie unter Strom, wirkte führungs-schwach und handelte absolut irrational. Frank bezeichnet ihn heute als einen «extrovertierten Schweinehund», der über kein Quantum Anstand und Respekt verfüge. Yves M. ist Mitglied der Swiss Army Group (SAG), welche in der Freizeit «Militärsport» betreibt, der weit über Laufwettkämpfe hinausgeht. Frank fand es moralisch bedenklich, wenn jemand in seiner Freizeit derart vernarrt Krieg spielt. Er entschied sich, den WK durchzuziehen und wünschte sich, dass nichts passieren würde. Aber ausgerechnet in diesem WK kam es zur Katastrophe.

## Das Unglück

Am Morgen des 12. Juni ging Yves M. und sein Kader «bööteln». Plötzlich entstand eine Hektik in der Unterkunft, Soldaten rannten herum, Fahrzeuge kamen und gingen. Allerdings wusste zu diesem Zeitpunkt niemand genau, was passiert war. Beinahe das gesamte Kader befand sich ja auf den Booten. Eines der Fahr-

\* Name von der Redaktion geändert.

zeuge brachte einen unter Schock stehenden Oberleutnant zurück, bleich, zitternd und total durchnässt. Je länger je mehr kursierten erste Gerüchte über Tote, sowohl in der Kaserne als auch in den Medien.

## Das Versagen

Im weiteren Verlauf tauchte Roland Nef auf und setzte dem Ganzen noch eins drauf, indem er eine Ansprache hielt und dabei die Aufrechterhaltung des Auftrages herausstrich. Zu jenem Zeitpunkt waren viele Dienstleistende schon seit mehr als zwei Wochen im Dienst. Und so entgleiste das Ganze langsam. Kaderleute, welche im Urlaub waren, rückten wieder ein und brachten noch mehr Unordnung in die Szenerie. Ein verlässlicher Dienstkollege von Frank erlitt einen psychischen Kollaps. Gestandene Männer brachen beim Frühstück in Tränen aus. Langsam realisierte die Truppe, was passiert war. Den WK abzubrechen zog immer noch niemand in Erwägung, auch wenn das Schlimmste passiert sei, was überhaupt denkbar ist: Soldaten starben in Friedenszeiten. Dann erschienen die Angehörigen vor Ort. Man schickte einen der Jüngsten, er solle die Angehörigen am Bahnhof abholen und an die Unglückstelle fahren. Auf den Tischen der Unterkunft standen einfach simple Kerzen, erst später brachten Soldaten eine Andachtstelle mit Blumen und ein Kondolenzbuch. Viele Soldaten beklagten den verloren gegangenen Verstand und Anstand in der Armee. Die Militärjustiz begann die Soldaten einzeln zu verhören.

Erst zwei Tage später wurden die Soldaten beurlaubt. Die Soldaten warteten vor dem Abtreten noch fünf Stunden auf Bundesrat Schmid. Seine Rede endete mit den Worten: «Ihr habt bestimmt noch Fragen.» Darauf folgten fünf Minuten peinlichstes Schweigen. Niemand hatte Fragen, es war allen klar geworden, dass die Armee versagt hatte. Frank störte vor

allem, dass niemand die Verantwortung übernahm und Fehler eingestand. Ein Major zog danach ein unglaubliches Fazit: Man müsse auch das Positive an so einem WK sehen!

## Die Beisetzung

Und bei der Beisetzung wieder dieselbe Ignoranz. Die Truppe wurde solange hingehalten, bis sich einer «freiwillig» für die Ehrengarde meldete. Nef warf mit Floskeln um sich, die Trauerfeier wurde zu einem Schaulaufen der VBS-Funktionäre. Die Angehörigen und Überlebenden, sowie die Truppe wurden nach der Predigt dem Blitzlichtgewitter ungeschützt ausgesetzt. Die hohen Kaderleute schienen von der Situation überfordert zu sein und übten sich

stattdessen extrem schnell wieder in einem harschen Befehlston. Es fehlte ihnen schlichtweg an Menschlichkeit.

Zuhause erreichte Frank ein Brief mit einer Liste von Ansprechpersonen, welche man bei psychologischen Problemen kontaktieren sollte. Auch hier reagierte die Armee zu spät, aber dieses Mal hoffentlich ohne Konsequenzen. Von einem Kollegen erfuhr Frank, dass das Kader mit Yves M. nach dem Unglück einen Grillplausch veranstaltete. Was soll man da noch sagen? Worauf kann man da noch anstossen? Frank sieht sicherlich nichts Positives an der Tragödie.

Von Beat Hatz (beathatz@students.unibe.ch)

## WACHTDIENST

## Scharf oder lieber mit Pfeffer?

Nach mehr als einem Dutzend ungewollten Schussabgaben beim Wachtdienst mit durchgeladenen Waffen seit Anfang dieses Jahres, hat die Armeeführung den neuen Wachtbefehl endlich ausgesetzt. Als Ersatz möchte sie die Wache schiebenden Soldaten mit Pfeffersprays ausrüsten.

Nachdem das Nachrichtenmagazin 10 vor 10 ziemlich verstörende Bilder von Übungen mit Pfeffersprays in der Offiziersausbildung verbreitete, bemühte sich die Armeeführung um einen guten Eindruck. Soldaten und Rekruten würden keinen solchen Tests ausgesetzt und medizinische Versorgung für die Besprühten sei obligatorisch. Während die freiwillig besprühten Offiziers-Anwärter sofort medizinisch versorgt werden, wäre dies bei einem realen Einsatz natürlich nicht der Fall. Dies zeigt einerseits ein gesundheitliches Gefahrenpotential, das dem Pfefferspray-Einsatz durch die Armee intern eingeräumt wird, während andererseits gegen aussen von einer harmlosen Waffe gesprochen

wird. In der Übung dürfen ausserdem keine Brillen- oder Kontaktlinsenträger besprüht werden. Diese Einschränkung gilt im Einsatz wohl auch nicht.

## Die Hemmschwelle sinkt

Unverständlicherweise wird nach dem Wachtdienst nicht kontrolliert, ob der Pfefferspray eingesetzt wurde oder nicht. Ein dazu nötiges Wägen vor und nach dem Einsatz wurde aus dem Reglement gestrichen. Durch die Verharmlosung dieser Waffe und die Nichtkontrolle ihres Einsatzes sinkt die Hemmschwelle zum Einsatz des Pfeffersprays. Erwartet wird ein verantwortungsvoller Umgang mit Waffen. Aber offensichtlich gelingt es nicht einmal, den Soldaten die sichere Handhabung von scharfen – tödlichen – Waffen beizubringen, wie der «Ernstfall» des Wachdienstes mit durchgeladener Waffe zeigt. Kann dann ein verhältnismässiger Einsatz von – ach so harmlosem – Pfefferspray erwartet werden?

Von Adi Feller, adi@gsoa.ch

## MILITÄRDIENSTVERWEIGERUNG

## «Wenn ihr mich abschiebt, habt ihr mich zum Tode verurteilt»

Bundesrätin Widmer-Schlumpf dreht weiter an der Verschärfungsspirale im Asyl- und Ausländerrecht. Ganz im Sinne von Vorgänger Blocher will sie Wehrdienstverweigerern aus Eritrea kein Asyl gewähren

Personen, die einzig wegen Wehrdienstverweigerung oder Desertion in ihrer Heimat «ernsthaften Nachteilen ausgesetzt sind», sollen in der Schweiz kein Asyl mehr erhalten. Zumindest, wenn es nach dem Willen von BDP-Bundesrätin Widmer-Schlumpf geht. Damit soll die Attraktivität der Schweiz als Zielland von Asylsuchenden gesenkt werden. Schwer nachvollziehbar dabei ist, dass der Begriff «Dienstverweigerung» in dieser Diskussion nach wie vor ins Zentrum gerückt wird. Dies obwohl Dienstverweigerung oder die Desertion an sich gar nie als eigentliche Asylgründe anerkannt wurden (siehe GSoA-Zitig Dezember 2007). Asylgründe sind die in Eritrea für Dienstverweigerung oder Desertion drohenden, politisch motivierten und als Folter zu qualifizierenden Strafen. Es fragt

sich also, ob es juristisch überhaupt möglich sein wird, das Asylrecht mit dem Begriff «Dienstverweigerung» zu durchlöchern.

## Diskriminierung von Dienstverweigerern

Deutlich wird jedoch die Gesinnung hinter dem Anliegen. Obwohl in der Schweiz die Zulassung zum Zivildienst in der Zwischenzeit ohne Gewissensprüfung möglich ist, scheint man sich noch nicht vollständig von der Kriminalisierung und Diskriminierung von Dienstverweigerern lösen zu können. Was das für die davon betroffenen Menschen bedeuten kann, hat ein eritreischer Flüchtling in einem Interview mit der deutschen Organisation Connection (www.connection-ev.de) dieses Jahres eindrücklich geschildert: «Wenn ich nach Asmara abgeschoben werde, ist klar, was mich erwartet. Wenn jemand aus dem Militär desertiert ist, erwartet ihn Gefängnis oder sogar der Tod. Wenn ihr mich abschiebt, habt ihr mich zum Tode verurteilt.»

Von Martin Parpan, martinparpan@surfeu.ch

Youtube-Video einer Pfefferspray-Übung in der Kaserne Birmensdorf



MILITÄRISCHE INTERVENTIONEN

## Auslandeinsätze auch ohne Uno-Mandat?

In der WOZ vom 6. November provoziert der ehemalige GSoA-Vordenker Andreas Gross mit der Forderung nach militärischen «Friedenseinsätzen» auch ohne Uno-Mandat. Eine Replik.

«Auch ohne Uno-Mandat» will Andreas Gross die Schweizer Armee zukünftig im Ausland einsetzen. Doch was ist ein «Friedenseinsatz» ohne Uno-Mandat? Insofern es nicht um eine Intervention auf Wunsch des jeweiligen Staates geht, dürfte damit nichts anderes gemeint sein als ein völkerrechtswidriger Krieg. Nun ist Gross natürlich zuzustimmen, dass die Uno dringend reformiert werden sollte. Er erkennt indes, dass die Forderung nach militärischen Interventionen ohne Uno-Mandat derjenigen nach einer Reform und Stärkung der Uno diametral entgegensteht.

### «Das Metier der Gewalt beherrschen»

Die Ansicht, dass nur die Uno die Legitimität besitzt, im internationalen Rahmen über die Anwendung von Gewalt zu entscheiden, bezeichnet Gross als «naiv». «Es braucht Leute, die das Metier der Gewalt beherrschen und denen, die Gewalt anwenden wollen, zeigen, dass sie keine Chance haben», gab er der WOZ zu Protokoll.

Gross scheint zu glauben, dass sich Europa zu einer militärischen Friedensmacht entwickeln kann, die zwar unilateral handelt und das Völ-

kerrecht nötigenfalls verletzt, deren Gewaltanwendung jedoch nach rein moralischen Gesichtspunkten erfolgt. Doch wo sich Staaten zu Richtern in eigener Sache erklären, ist keine Unparteilichkeit zu erwarten. Die unilaterale Praxis zur Theorie der «humanitären Intervention» zeichnet sich vor allem dadurch aus, dass moralische Motive herangezogen werden, um eigene geostrategische Interessen durchzusetzen.

### Guter EU-Militarismus?

Europa ist da keine Ausnahme. So beschreibt etwa das «European Defence Paper», eine von den EU-Regierungen in Auftrag gegebenen Studie, folgende Ausgangslage für einen EU-Militäreinsatz: «In einem Land X, das an den Indischen Ozean grenzt, haben antiwestliche Kräfte die Macht erlangt und benutzen Öl als Waffe, vertreiben Westler und greifen westliche Interessen an.» Das Zudrehen des Öl-Hahns wird zum Angriff umgedeutet, den es mit militärischen Mitteln abzuwehren gilt.

Wer sich in solcher Weise über die Uno stellt, muss damit rechnen, dass andere das auch tun. Die Alternative ist eine Verrechtlichung der internationalen Beziehungen: Der freiwillige Verzicht auf Selbstjustiz zugunsten einer unparteilichen Instanz, die über Recht und Unrecht urteilt. Das bedingt, dass die Staaten ihre militärischen Kapazitäten den Urteilen der Uno-Instanzen unterordnen oder – wie es schon immer die Forderung der GSoA war – ganz auf eine eigene Armee verzichten.

### Uno am Scheideweg

Die Uno, wie sie heute existiert, ist Ausdruck eines halb-rechtlichen Zustands: Die Uno-Charta fordert zum Gewaltverzicht auf und erklärt eine internationale Institution zur Richterin. Die Zusammensetzung des Sicherheitsrats widerspiegelt jedoch das Recht des Stärkeren, und (nicht nur) die Veto-Mächte wenden regelmässig unilateral Gewalt an und liefern sich ein Wettrüsten.

Wer in dieser Situation nach militärischen Interventionen ohne Uno-Mandat ruft, ohne auch nur einen konkreten Anlass zu nennen, hat das

Ziel der Verrechtlichung bereits aufgegeben und sich mit dem Recht des Stärkeren arrangiert. Woran es der Welt fehlt, ist keineswegs die Bereitschaft zur unilateralen Gewaltanwendung, sondern vielmehr die Bereitschaft, Mittel in die zivile Friedensförderung zu investieren. Das ist auch die Lehre des Balkan-Krieges: Im Herbst 1998 war es unmöglich, 2'000 zivile OSZE-BeobachterInnen zur Verhinderung eines Krieges im Kosovo zu finden. Im Frühling 1999 liessen sich hingegen sofort 50'000 Soldaten für die KFOR-Truppen mobilisieren.

Von Andreas Cassee, ac@gsa.ch.

INSERAT

Sicherheit Wahrheit Heiligtum Tradition

Arbeitsalltag Kompetenz 5. Element Lösung

Unsere Gesellschaft. Unsere Zukunft?  
**vorwärts** Sozialistische Zeitung  
 Gratis-Probe-Abos: [www.vorwaerts.ch](http://www.vorwaerts.ch)

60 JAHRE NATO

## Zum Jubiläum gibt's Proteste

Auf Einladung der deutschen Kanzlerin und des französischen Präsidenten wird die Nato am 3. und 4. April des kommenden Jahres mit einem Doppelgipfel in Baden-Baden und Strassburg ihren 60. Jahrestag begehen. Auch die Antikriegsbewegung «feiert» dieses Jubiläum: Mit einer breiten Kampagne gegen das überflüssige Kriegsbündnis und internationalen Massenprotesten bei den Jubiläumsfeierlichkeiten.

Entgegen ihrem angeblichen Zweck macht die Nato die Welt nicht sicherer. Im Gegenteil, sie ist ein Hindernis für den Frieden geworden: An der Uno und dem Völkerrechtssystem vorbei forciert sie die weltweite Militarisierung und Aufrüstung. Die Nato-Staaten sind für drei Viertel der globalen Militärausgaben verantwortlich. Offen propagiert das Bündnis in seinem Grundsatzpapier «Towards a new Grand Strategy» die atomare Erstschlagstrategie: «Der Ersteinsatz von Nuklearwaffen muss im Arsenal der Eskalation das ultimative Instrument bleiben, um den Einsatz von Massenvernichtungswaffen zu verhindern.» Anfang April 2008 wurde überdies beschlossen, die Errichtung eines flächendeckenden Nato-Raketenabwehrschildes voranzutreiben.

### Verheerende Bilanz

Mit ihrem mittlerweile sieben Jahre andauernden Militäreinsatz in Afghanistan hat die Nato eine verheerende Gewaltspirale in Gang

gebracht. Die Intensität des Konflikts und die Zahl der Todesopfer unter der afghanischen Bevölkerung steigen stetig an, während sich die humanitäre Lage zusehends verschlechtert. Doch statt einem sofortigen Truppenabzug will die Nato noch mehr Truppen dorthin entsenden.

Im Hinblick auf ihr 60-jähriges Bestehen will die Nato nun ein neues strategisches Konzept verabschieden. Unter anderem ist vorgesehen, die Erforderlichkeit eines Uno-Mandats für Nato-Kriege aufzuheben. Zusätzlich soll das Konsensprinzip auf allen Ebenen unterhalb des Nato-Rates aufgegeben werden, stattdessen will man auf Komitee- und Arbeitsgruppenebene Mehrheitsentscheidungen einführen. Ländern, die sich nicht an einer Mission beteiligen wollen, soll künftig jegliches Mitspracherecht aberkannt werden; nur wer mitkämpft, soll auch mitbestimmen. Zwar ist noch nicht klar, inwieweit diese Forderungen in das neue strategische Konzept übernommen werden, doch in der anstehenden Debatte werden sie sicher eine zentrale Rolle spielen.

Umso wichtiger ist es vor diesem Hintergrund, dass die Antikriegsbewegung das Nato-Jubiläum als Plattform nutzt, um mit Konferenzen, Camps, Demonstrationen und Blockaden den Finger auf die Kriegspolitik der Nato zu halten. Die GSoA wird sich an den Protesten ebenfalls beteiligen – mehr dazu in der nächsten GSoA-Zitig.

Von Chrigi Hug, chrigi@gsa.ch

FRIEDENSDORF BROU

## Friede ist lernbar – hier und jetzt!

Jessica lässt die Faust sinken und dreht sich zum Publikum. Ihre KlassenkollegInnen haben die Szene beobachtet. Mitten im dargestellten Konflikt ruft Manuel «Stopp». Er hat eine Idee für eine andere Reaktion. Er versucht den Konflikt verbal zu lösen. Doch gegenüber der nervigen Mutter – gespielt von einer weiteren Jugendlichen – rastet auch er bald aus. Wie weiter? Vielleicht hilft eine der Strategien, die die Gruppe am Morgen kennen gelernt hat: Körperhaltung verändern, Auszeit nehmen... Jessica wagt einen Versuch und meint zur Mutter: «Komm, wir setzen uns an den Küchentisch. Und Papa soll auch mitreden.» – Die Mutter wirkt überrascht. Auch Jessica meint, nun fühle es sich schon anders an.

### Jugendliche für Gewaltfreiheit

Wie fühle und verhalte ich mich in einem Konflikt? Welche Möglichkeiten gibt es, Konflikte gewaltfrei zu lösen? Diese Fragen stehen im Zentrum der Animationen des Projekts «Jugendliche für Gewaltfreiheit». Mit Übungen, Gruppendiskussionen und Rollenspielen wird versucht, den Jugendlichen konkrete Instrumente mitzugeben, um im Alltag mit Konflikten, Gewalt und Rassismus besser umgehen zu können. Die

Frage «Streiten – aber wie?» steht beim Kindermodul im Mittelpunkt. Auch für Lehrpersonen oder SozialpädagogInnen, die zur Gewaltprävention arbeiten möchten, bestehen Weiterbildungsmöglichkeiten.

### Ein Ort, um den Frieden zu üben

Das Jugendprojekt bildet den Kern der Friedensarbeit im Friedensdorf. Neben weiteren Aktivitäten findet jeden Sommer ein Workcamp des Service Civil International (SCI) statt. Es gibt Kurse für das AnimatorInnenteam des Jugendprojekts, die externen Personen offen stehen. Auch die «Friedenschule» der Gemeinschaft Schweizer Zivildienstleistender fand im Friedensdorf statt.

Das Friedensdorf ist eine Friedensorganisation mit eigenem «Kleinstdorf» in Broc (Gruyère). Das Gästehaus bietet Platz für Klassenlager, Feste und Weiterbildungen.

Von Stephan Tschirren, Friedensdorf Broc

Weitere Informationen zum Friedensdorf:  
[www.friedensdorf.ch](http://www.friedensdorf.ch) oder [info@friedensdorf.ch](mailto:info@friedensdorf.ch),  
 026 921 96 42.

MEINUNG

# Südostetien: Ein Krieg mit Ankündigung

Was hat der Krieg in Südostetien mit der Unabhängigkeit Kosovos zu tun? Eine ganze Menge. Besonders tragisch: Wer es wissen wollte, der konnte den Krieg voraussehen.

Im August dieses Jahres ist der lange schwelende Konflikt in Südostetien eskaliert. Bilder russischer Panzer, die in Georgien einfuhren, flimmerten über die Bildschirme. Dass sich dieses Jahr die blutige Niederschlagung des Prager Frühlings zum vierzigsten Mal jährte, bot einen idealen Aufhänger, um mal wieder vor den bösen, expansionistischen Russen zu warnen.

Wie kaum ein Ereignis in der letzten Zeit hat der Krieg in Südostetien das kurze Gedächtnis und die fehlende Bereitschaft der Medien aufgezeigt, die Geschehnisse politisch zu analysieren. Der Krieg in Südostetien wurde als unerwartet hereingebrochene, vom autoritären Putin irrationalerweise angezettelte Machtdemonstration präsentiert. Nichts falscher als das: Der Krieg war vorangekündigt und die Verantwortlichkeiten dafür sind wesentlich komplexer.

## Die Vorgeschichte

Das mehrheitlich von Russen bewohnte Südostetien wurde in der Sowjetunion der georgischen Teilrepublik zugeschlagen. Schon während des Untergangs der UdSSR kam es zu mehreren Unabhängigkeitserklärungen Südostetiens und zu Gefechten zwischen georgischen, russischen und südostetischen Kämpfern. Seither lebte Südostetien in einer De-facto-Unabhän-

gigkeit von Georgien. Ernsthaftige Versuche zur Rückgewinnung des verlorenen Territoriums unternahm Georgien nicht, da sich die russische Schutzmacht immer hinter Südostetien gestellt hatte. Erst der neue georgische Präsident Michail Saakaschwili setzte die Rückeroberung wieder auf die politische Agenda.

Im November 2006 stimmten 99% der SüdostetiInnen für die Unabhängigkeit. Dies hatte zum einen damit zu tun, dass viele GeorgierInnen am Wahlgang gehindert wurden. Ein weiterer Grund war die Angst vor einem georgischen Rückeroberungsversuch, den Saakaschwili immer wieder angekündigt hatte.

## Präzedenzfall Kosovo

Interessanterweise stellte sich Russland diesmal nicht unbesehen hinter die südostetische Unabhängigkeit, sondern verknüpfte die Frage mit den Statusdiskussionen um Kosovo. Falls der Westen die Eigenständigkeit des Kosovos anerkenne, müsse er konsequenterweise auch die Unabhängigkeit Südostetiens anerkennen, das sich in einer vergleichbaren Situation befinde. Der Kosovo erklärte sich am 17. Februar 2007 für unabhängig von Serbien. Die USA, die meisten EU-Staaten und die Schweiz zögerten nicht, die kosovarische Unabhängigkeit anzuerkennen, obschon diese ein klarer Verstoss gegen Uno-Resolution 1244 ist (siehe GSoA-Zitig 133).

Nur wenige Tage später forderte Südostetien die Staaten der EU dazu auf, seine Unabhängigkeit ebenfalls anzuerkennen. Ein Sprecher des Separatistenführers Eduard Kokoiti erklärte im

März 2008 gegenüber dem Spiegel: «Der Präzedenzfall Kosovo hat uns veranlasst, aktiver unsere Rechte einzufordern.»

Darauf folgte eine eigentliche Parodie der Kosovo-Intervention im Schnelldurchlauf: Gefechte zwischen südostetischen Rebellen und georgischen Truppen; massives Vorgehen gegen die Zivilbevölkerung; Intervention der Schutzmacht unter dem Vorwand einer humanitären Intervention; Unabhängigkeitserklärung. Wofür der Westen im Kosovo zehn Jahre brauchte, spielte Russland in Südostetien in wenigen Wochen durch. In der «Nesawissimaja Gaset» vom 13. August schrieb der Moskauer Publizist Wladislaw Inosemzew, dass «Russland es nun endlich verstanden habe, dass diese so viel Kritik und bissige Ironie hervorrufende westliche Doktrin der humanitären Interventionen ganz gut zum eigenen Nutzen verwendet werden kann».

Eine der Ursachen für die Gewaltexplosion im Kaukasus liegt in der Anerkennung Kosovos. Mit dieser wurde aller Welt bedeutet, dass gewalttätige Unabhängigkeitsbewegungen relativ rasch Erfolg haben können, wenn sie eine Schutzmacht haben, welche bereit ist, mit militärischen Mitteln zu intervenieren und das Völkerrecht je nach Bedarf zur Seite zu schieben. Die unüberlegte Bereitschaft der westlichen Staaten neue Staatsgrenzen zu ziehen, war für georgische und russische Hitzköpfe das Signal, das Pulverfass Südostetien zum Explodieren zu bringen.

Von Felix Birchler, felix@gsa.ch

Meinungsartikel widerspiegeln die persönliche Meinung des Autors und nicht zwangsläufig diejenige der Redaktion.

INSERAT



Nach „WE FEED THE WORLD“ folgt Erwin Wagenhofer der Spur unseres Geldes im weltweiten Finanzsystem: „Lassen Sie ihr Geld arbeiten!“ Doch Geld kann nicht arbeiten, arbeiten können nur Menschen... Wir erleben keine Finanzkrise, sondern eine Gesellschaftskrise.

Demnächst in Ihrem kult.kino.

FRIEDENSARBEIT

## Hoffnung für Somalia

Nachrichten aus Somalia erreichen uns meist nur, wenn Piraten am Horn von Afrika Schiffe kapern oder wenn über die Gräueltaten eines Bürgerkriegs berichtet wird, dessen Logik wir nicht verstehen. Das von GSoA-Mitglied Vre Karrer gegründete Hilfswerk «New Ways for Somalia» leistet in dieser Situation wertvolle Friedensarbeit.

Seit dem Sturz des Diktators Siad Barre im Jahr 1991 hat Somalia keine funktionierende Regierung mehr. Der Ende 2006 wieder aufgeflammete Bürgerkrieg wird zum jetzigen Zeitpunkt vornehmlich in Mogadiscio ausgetragen. Die Regierungstruppen, unterstützt von 30'000 äthiopischen Soldaten, kämpfen gegen aufständische Gruppierungen, die den Abzug der Äthiopier verlangen. Am meisten leidet die Zivilbevölkerung unter dem andauernden gewaltsamen Konflikte in Somalia.

Bis Ende Jahr, schätzt der Landesdelegierte Denise Brown des Uno-Welternährungsprogramms, werden etwa 3,5 Millionen Menschen von der humanitären Krise in Somalia betroffen sein. Der Krieg, Flüchtlingsströme im Inneren des Landes und auch Naturkatastrophen, die Überschwemmungen und die Dürren, die Somalia in den letzten Jahren heimgesucht haben, führten zudem zu einer galoppierenden Inflation. Auch der weltweite Anstieg der Preise für Lebensmittel und Treibstoffe macht Somalia zu schaffen.

Zehntausende sind vor den Kämpfen auch nach Merka geflüchtet. Ausserhalb der Stadt lagerten in diesem Frühling schätzungsweise 3'000

Familien auf offenem Feld, im Shalambood Camp. Improvisierte Hütten aus Ästen und Kleidungsstücken bildeten die Unterkünfte. Viele dieser Flüchtlinge erhielten unentgeltliche Behandlung im Ambulatorium von «New Ways for Somalia». Der Stock an Medikamenten reichte jedoch nicht aus, um die grosse Nachfrage befriedigen zu können. Trotz des Krieges und der schwierigen Umständen führt «New Ways for Somalia» die Arbeit in diesem vergessenen Konfliktgebiet weiter.

Von Heinrich Frei, heinrich-frei@bluewin.ch

### Neue Wege in Somalia

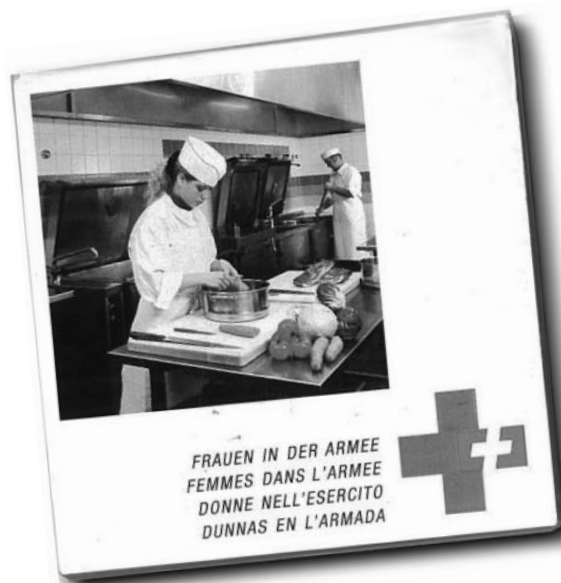
Der Förderverein «Neue Wege in Somalia» arbeitet seit der Gründung durch Vre Karrer im Jahr 1994 in Somalia (die GSoA-Zitig berichtete; Nr. 94, September 2001). In der Stadt Merka betreibt der Verein ein medizinisches Ambulatorium sowie zwei Schulen mit mehr als tausend SchülerInnen. Seit dem Tod Vre Karrers führen SomalierInnen in Zusammenarbeit mit dem Förderverein «Neue Wege in Somalia» das Projekt weiter. Der Förderverein ist auf die Unterstützung von Privatpersonen, Stiftungen und Kirchengemeinden angewiesen (PC-Konto 80-53042-7).

www.nw-merka.ch

**Frauen in die Armee – Feine Propaganda**

Es ist kein Geheimnis, dass junge Schweizerinnen von der Armee höflichst eingeladen werden, an einer Infoveranstaltung oder gar an der Rekrutierung teilzunehmen. Schmachhaft gemacht wird es ihnen mit bunten Give-aways, wie zum Beispiel diesem Post-it-Zettel.

Ob bei diesem Bild nicht der Appetit vergeht? Frauen in die Armee! Und was tun sie dort? Sie stehen am Herd. Prädikat: Äusserst geschmackvoll...



**Unterschriften sammeln in Deiner Stadt**

Im Juni startete die GSoA die Volksinitiative «Gegen neue Kampfflugzeuge». Bis im Frühling müssen wir die Unterschriften bereits fertig gesammelt haben. Denn wir möchten die Initiative einreichen, bevor die Botschaft zur Beschaffung der neuen Kampfflugzeuge durch den Bundesrat ausgearbeitet wird. Um dieses ambitionierte Ziel zu erreichen, sind wir auf Deine tatkräftige Unterstützung angewiesen!

Die Unterschriftensammel-Aktionen werden von den GSoA-Regionalgruppen in den grössten Schweizer Städten organisiert. Die Regionalgruppen bieten Dir eine gute Gelegenheit, um in einer Gruppe mit Gleichgesinnten gemeinsam aktiv zu werden.

Folgende Regionalgruppen freuen sich über Deine Unterstützung:

- aarau@gsoa.ch • basel@gsoa.ch • bern@gsoa.ch
- fribourg@gsoa.ch • gssa@gsoa.ch (für die ganze Westschweiz)
- luzern@gsoa.ch • solothurn@gsoa.ch • st.gallen@gsoa.ch
- thurgau@gsoa.ch • winterthur@gsoa.ch • zuerich@gsoa.ch

**Wir sind auf Spenden angewiesen!**

Die GSoA hat im September 2007 die Volksinitiative «für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten» eingereicht und gleichzeitig mit der Unterschriftensammlung für die Volksinitiative «für den Schutz vor Waffengewalt» begonnen, welche das Sturmgewehr ins Zeughaus verbannen will. Nahtlos haben wir anschliessend diesen Juni die Initiative gegen die neuen Kampfflugzeuge lanciert. Um all die Kosten zu decken, die aus den drei Volksinitiativen

entstehen, sind wir auf Deine Spende angewiesen. Das Drucken von Unterschriftenbogen, Argumentarien und Plakaten und natürlich die bevorstehenden Abstimmungskämpfe kosten viel Geld. Auch die Beglaubigung der Unterschriften, die wir selber durchführen, ist mit einem hohen finanziellen Aufwand verbunden. Mit einer kleineren oder grösseren Spende per beiliegendem Einzahlungsschein trägst Du unmittelbar zum Erfolg der GSoA-Initiativen bei. Herzlichen Dank!



**GSoA-Material...**

<b>Panzerknacker</b> Die RS-Broschüre der GSoA <b>gratis</b>	<b>Friedensfahnen</b> Pace, Peace <b>Fr. 12.-</b>
<b>«Etwas Sinnvolles tun»</b> Handbuch zum Zivildienst <b>Fr. 32.-</b>	<b>GSoA-Sackmesser</b> 8-teilig <b>Fr. 25.-</b>

**Impressum**

**Redaktion:** Patrick Angele (pa), Felix Birchler (fb), David Buchmann (db), Andreas Cassee (ac), Tom Cassee (tc), Adi Feller (ad), Carlos Hanimann (cha), Beat Hatz (beh), Chrigi Hug (ch), Josef Lang (jl), Stefan Luzi (sl), Stephan Marti (sm), Reto Moosmann (rm), Martin Parpan (mp), Nina Regli (nr), Rahel Ruch (rr), Tobia Schnebli (ts), Michi Stegmaier (ms), Bettina Surber (bs), Andreas Weibel (aw, verantwortlich)  
**Cartoons:** Oger **Layout:** Regula Meili, Wetzikon **Druck:** ROPRESS Zürich **Auflage:** 20 000, mindestens viermal jährlich  
**Mitgliederbeitrag (inkl. Zitigs-Abo)** Verdienende Fr. 100.- / Nichtverdienende Fr. 50.- **Jahresabonnement GSoA-Zitig:** Fr. 20.- / 10.-  
**PC-Konto:** PC 40-37315-5 **Verlag:** GSoA, Postfach, 8031 Zürich, Telefon 044 273 01 00, Fax 044 273 02 12, E-Mail: gsoa@gsoa.ch, www.gsoa.ch  
 Die Artikel dieser Zeitung unterstehen einer CreativeCommons Lizenz. Für nicht-kommerzielle Zwecke können sie mit Quellenangabe frei verwendet werden. LeserInnenbriefe, Lob und Kritik sind willkommen. Bitte melden Sie uns Adressänderungen, falsche und/oder doppelte Adressen.

**Bestelltalon** (Bei Bestellungen aus dem Militär bitte auch Privatadresse angeben)

Name/Vorname \_\_\_\_\_

Strasse/Nummer \_\_\_\_\_

PLZ, Wohnort \_\_\_\_\_

Tel./E-Mail \_\_\_\_\_

Anzahl	Bezeichnung	Grösse	Einzelpreis	Total
	T-Shirt «If war is...»	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	T-Shirt Kampjets Frauen	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	T-Shirt Kampjets Männer	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	GSoA-Sackmesser		Fr. 25.-	
	Friedensfahne	<input type="checkbox"/> eng. <input type="checkbox"/> it.	Fr. 12.-	
	Doppelfahne arabisch-hebräisch		Fr. 15.-	
	Panzerknacker		kostenlos	
	Unterschriftenbogen «Sturmgewehr ab ins Zeughaus»		kostenlos	
	Unterschriftenbogen Kampjet-Initiative		kostenlos	
	Faltprospekt Kampjet-Initiative		kostenlos	
	Argumentarium Kampjet-Initiative		kostenlos	
	<b>Spende</b>	<input type="checkbox"/> Fr. 50.- <input type="checkbox"/> Fr. 20.- <input type="checkbox"/> Fr. 10.-		
	<b>Versandkostenanteil</b>			<b>Fr. 4.80</b>
<b>Rechnungsbetrag</b>				

Einsenden an: GSoA, Postfach, 8031 Zürich, Tel. 044 273 01 00, Fax 044 273 02 12

